



Aus der Bezirksversammlung

Aufwertung der Bahnunterführung Alte Holstenstraße geplant!

Die Lichtprojektionen unter der Eisenbahnbrücke in der Alten Holstenstraße sind in die Jahre gekommen und sehen nicht mehr gut aus. Die Bezirksversammlung Bergedorf hat deshalb einstimmig beschlossen, nach einer neuen Lösung für eine gute Beleuchtung dieser Stelle zu suchen.



**Katja
Kramer**

Die Bahnunterführung in der Alten Holstenstraße verbindet Lohbrügge mit Bergedorf. Zum 850-jährigen Stadtjubiläum wurden Lichtprojektionen mittels Beamer als Verschönerung der Unterführung installiert. Diese Lichtprojektionen sind bis heute dort zu sehen.

Leider sind die Projektionswände mit der Zeit verschmutzt und die Beamer durch Staub, Spinnenweben und Taubendreck stark in Mitleidenschaft gezogen. Des Öfteren fallen einige Beamer aus und die Reparatur dauert meist lange und ist sehr aufwendig.

Dieser Tatbestand steigert nicht gerade die Attraktivität dieser Unterführung. Im Kulturausschuss wurde bereits mehrfach auf diesen Umstand hingewiesen und um Abhilfe gebeten. Bisher leider ohne Erfolg.

In der Zwischenzeit ist uns jedoch bekannt geworden, dass der HVV eine Arbeitsgruppe zur Aufenthaltsqualität rund um die HVV-Haltestellen eingesetzt hat. Im Kontakt mit dieser Arbeitsgruppe wurde die Unterführung und deren zwingend notwendige Aufwertung besprochen.

Auf Antrag der SPD-Fraktion wird sich nun ein Arbeitskreis aus dem Bezirksamt, der HVV-Halte-

stellenumfeld-Koordination, Vertretern der Fraktionen, dem Stadtteilbeirat Lohbrügge und dem BID Alte Holstenstraße um eine Attraktivitätssteigerung der Bahnunterführung bemühen. Ebenso soll geklärt werden, wie die Finanzierung möglicher Ideen aussehen kann.

Wir sind gespannt, welche kreativen Ideen entstehen werden, und schauen der Entwicklung positiv entgegen.

Katja Kramer (29) ist Lohbrügger SPD-Abgeordnete in der Bezirksversammlung und Vorsitzende des Ausschusses für Soziales, Gesundheit und Integration.

Aus der Bezirksversammlung

Positive wirtschaftliche Entwicklung im Bezirk Bergedorf



**Andreas
Tilsner**

In der letzten Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Arbeit und Verbraucherschutz (WAV) der Bezirksversammlung waren Referenten der Handelskammer und der Agentur für Arbeit zu Gast und berichteten über die wirtschaftliche Entwicklung des Bezirks in den letzten zehn Jahren.

Dabei sind 4996 Menschen im Bezirk arbeitslos gemeldet, dies entspricht einer Quote von 6,6%. Die Arbeitslosenzahlen sind in den letzten Jahren konstant geblieben. Verändert hat sich der Anteil der ausgebildeten Fachkräfte, diese sind spürbar gesunken. Gleichzeitig ist der Anteil der Hilfskräfte ohne Berufsausbildung gestiegen.

Bei der Nachfrage der Arbeitgeber an Arbeitskräften ist im Bereich des Gesundheitswesens und Logistik ein Anstieg festzustellen, während die Nachfrage im Bereich der Arbeitnehmerüberlassung und des Einzelhandels zurück gegangen ist.

Veranstaltungshinweis

14. November 2018: Politischer Stammtisch der SPD Lohbrügge

Beim monatlichen Politischen Stammtisch der SPD Lohbrügge am **14. November 2018 um 19.00 Uhr im Vereinsheim des VfL Lohbrügge, Binnenfeldredder 9**, werden wir in entspannter Atmosphäre über aktuelle politische Themen diskutieren. Kommen Sie gerne vorbei und diskutieren Sie mit!

Die Bevölkerung im Bezirk Bergedorf ist von 114.000 in 2008 gestiegen auf 129.000 im Jahr 2017. Damit ist Bergedorf gemeinsam mit Harburg der am stärksten wachsende Bezirk der Stadt. Die Zahl der von Migranten geführten Unternehmen ist auf 954 gestiegen (13%), liegt aber weiterhin deutlich hinter dem Anteil der Migranten an der Bevölkerung (34%).

Für die Entwicklung weiterer Gewerbeflächen sind gute Voraussetzungen vorhanden. Insgesamt 15 Hektar städtischer Flächen stehen für die Entwicklung von Gewerbeflächen bereit. Die Handelskammer unterstützt dabei den Gründungsprozess für neue Unternehmen.

Das Verhältnis von inhabergeführten Fachge-

schäften zu Filialunternehmen hat sich in den letzten Jahren zu Gunsten der Filialunternehmen verändert. Nach Aussage der Handelskammer hat Bergedorf im Vergleich zu anderen Hamburger Bezirken einen höheren Anteil an inhabergeführten Geschäften.

Trotz einer insgesamt positiven Bewertung der wirtschaftlichen Lage stellt die Handelskammer auch die Herausforderungen dar. Dies sind der Strukturwandel im Einzelhandel, bedingt durch das zunehmende Internetgeschäft, Frequenzverluste im Zentrum Bergedorfs und Leerstände.

Andreas Tilsner (46) ist Lohbrügger SPD-Abgeordneter in der Bezirksversammlung Bergedorf und dort u.a. Mitglied im Ausschuss für Wirtschaft, Arbeit und Verbraucherschutz.

Aus der Bürgerschaft Mehr Pflegepersonal in Krankenhäusern!

Seit März 2018 besteht eine Hamburger Volksinitiative, die zum Ziel hat, das Hamburger Krankenhausgesetz zu ändern, damit mehr Pflege- und Reinigungspersonal in die Häuser kommt und mehr investiert wird.



**Gerhard
Lein**

In dem Ziel, dass sich hier etwas ändern muss, sind sich die Regierungsparteien mit den Initiatoren einig. Der Weg ist das Problem.

Nach dem Volksabstimmungsgesetz muss der Senat das Hamburgische Verfassungsgericht anrufen, wenn Zweifel bestehen, dass ein Volksbegeh-

ren zulässig ist, weil es gegen den Haushaltsvorbehalt der Bürgerschaft, gegen das Koppelungsverbot bei Volksbegehren und gegen Bundesrecht verstößt. Die erforderlichen Unterschriften hatte die Initiative im März eingereicht. Die bis Ende September vorgeschriebene Befassung in der Bürgerschaft wurde allerdings ausgesetzt, bis das Hamburgische Verfassungsgericht sich mit dem Fall befasst hat.

Ein paar Argumente: Hamburg fehlt die Gesetzgebungskompetenz. Personalvorgaben für Krankenhäuser zu machen, fällt in die Zuständigkeit des Bundes. Hier ist allerdings das Pflegepersonal-Stärkungsgesetz mit Untergrenzen für das gesamte Pflegepersonal auf den parlamentarischen Weg gebracht und soll Anfang 2019 beschlossen werden.

Das sogenannte Koppelungsverbot besagt, dass Bürgerinnen und Bürger sich zu jedem einzelnen Thema mit einem eindeutigen „Ja“ oder „Nein“ äußern können. Es dürfen nicht zugleich Krankenhaus-

investitionen erhöht, Pflegepersonalmindeststandards festgeschrieben und Arbeitsabläufe des Reinigungspersonals geregelt werden.

Der Haushaltsvorbehalt des Parlaments wird verletzt, wenn die Verpflichtung, den „tatsächlichen Bedarf“ der Krankenhäuser zu decken ist, ohne dass eine Summe genannt oder ein Deckungsvorschlag aus dem Haushalt gemacht wird.

Das alles klingt, zugegeben, so, als ob wir Parlamentarier den Personalengpass der Krankenhäuser nicht wirklich beheben wollten. Das ist aber nicht so. Wenn das Verfassungsgericht entscheidet, wird gehandelt. Aber rechtliche Bedenken müssen schon ausgeräumt werden.

Dass Hamburg mit seinen Aufwendungen für Krankenhäuser und Pflege das Gegenteil von bundesdeutschem Schlusslicht ist, lässt sich schnell belegen. Hamburg ist im Übrigen auch vorneweg bei der Verbesserung in der Pflegeausbildung. Einstellen kann man nur, wenn's der Markt auch hergibt.

Und schließlich: Hamburg ist und bleibt vorneweg in Sachen direkter Demokratie. Wir wollen die Mitwirkung der Wählerinnen und Wähler zwischen den Wahlen. Wir haben zahlreiche Volksentscheide erfolgreich abgeschlossen, auch wenn's im Einzelfall auch mal kompliziert wird. Wie hier.

Gerhard Lein (73) ist Lohbrügger SPD-Abgeordneter in der Hamburgischen Bürgerschaft und dort Mitglied im Wissenschafts-, Kultur-, Gesundheits- und Eingabenausschuss.